

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monat 3 M. (durch die Post 4 M.). Einzelne Nr. 15 Pf.
Kontingentspreis: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtkontofonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile ober deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile ober deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Ein-
gefaßt 90 Pf. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familienanzeigen u. Stellen-
gesuche. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatskassen und der Landesrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabschluß
der Landes-Brandversicherungskasse, Verkaufsstelle von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptschriftleiter Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 65

Dresden, Montag, 17. März

1924

Der Marsch nach Berlin.

Fortsetzung des Zeugenverhörs im Hochverratsprozeß.

München, 16. März.
Die Sonnabend-Sitzung wird durch die Verlesung einer Niederschrift des Kardinals Faulhaber eingeleitet. In ihr heißt es:

1. Nach den Flugchriften der baltischen Bewegung hat sich General Ludendorff geäußert, daß er hinter dem Plan, Bayern und Österreich zusammenzuschließen, stehe. Das ist un wahr. Ich habe niemals und nirgends diesen Plan gelehrt und von ihm erst aus dem Prozeß erfahren.

2. Nach der gleichen Quelle hat Ludendorff behauptet, ich hätte auf meiner Reise nach Amerika die Verlesung der „Lusitania“ als völkerverleumdend bezeichnet. Ich habe niemals und nirgends die Verlesung der „Lusitania“ als völkerverleumdend bezeichnet und habe das auch gegen alle nachträglichen Verdrückungen aufrecht.

3. General Ludendorff behauptet, ich hätte in Amerika über die Schuld Deutschlands am Kriege gesprochen, wie es die Mehrheit des Volkes als die Wahrheit ansieht. Ich habe niemals und nirgends in Amerika über die Schuld Deutschlands am Kriege gesprochen.

4. Wenn die auffallende Zeitangabe, ich sei während des Fuchs-Rachhaus-Prozesses in Amerika gewesen, dahin gedeutet werden soll, ich hätte Grund gehabt, diesem Prozeß auszuweichen, so ist das eine weitere un wahre Behauptung.

General Ludendorff behält sich vor, zu der Erklärung des Kardinals Stellung zu nehmen. Der Vorsitzende gibt dann ein Schreiben des Generals v. Lossow bekannt, in dem es heißt: Ich lehne das Erscheinen vor Gericht als Zeuge ab. Die Gründe dafür liegen für jeden klar, der dem Inhalt der Freitagvormittags-Sitzung beigewohnt hat.

Der Vorsitzende erklärte hierzu, das Gericht werde sich schlüssig machen, ob der Zeuge Lossow zwangsweise vorgeladen wird.

Sodann beginnt die Vernehmung der zum Beweisantrag der Verteidigung geladenen Entlastungszeugen. Als erster wird Universitätsprofessor Döberl vernommen. Er muß über seine Eindrücke im Bürgerbräu Keller aus-
sagen und berichtet: Ich habe den Eindruck gewonnen, daß Lossow, den ich seit Jahrzehnten kenne, sich so verhalten und ausgesprochen hat, daß ich bei ihm an den Ernst nicht glauben konnte.

Anderer der Rahr, den ich ebenfalls seit Jahrzehnten kenne. Bei seinem Verhalten habe ich nicht einen Augenblick gezweifelt, daß er es ernst nimmt. Bei Geißler war es mir nicht ganz klar, mir fiel nur die Wichtigkeit seines Auftretens und seines Vortrages auf.

H.-A. Luegströmme hält eine weitere Verweigerung darüber, welchen Eindruck die Versammlung aus dem Verhalten von Lossow, Geißler und Rahr im Bürgerbräu gewonnen hat, für nicht mehr nötig. Eine völlige Klärung, ob die damals abgegebenen Erklärungen ernst gemeint waren oder nicht, wird sich nicht mehr schaffen lassen. Wie persönlich würde der Standpunkt des Gerichts genügen, daß sich eine endgültige Klärung nicht schaffen läßt. Rechtsfolgen hieraus sind Sache des Präsidiums.

Der Zeuge, Hauptmann Bergen von der Landespolizei, soll darüber ausfragen, ob Lossow bei seinem Erscheinen auf der Stadtkommandantur (1/11 Uhr nachts nach dem Bürgerbräu Keller) den Eindruck gemacht habe, als ob er tatsächlich mit Dillier gemeinsame Sache gemacht habe.

Vors.: Zum Zeugen: Es soll sich um eine Äußerung von einem traurigen Mannsbild gehandelt haben.

Zeuge: Etwas Ähnliches wurde später im Privatgespräch gesprochen, und zwar von General Dannner, der der Auffassung war, daß Lossow

im Bürgerbräu eine andere Haltung hätte einnehmen können. Er hätte kein sagen müssen, meinte General Dannner. Den Eindruck, daß Lossow ernstlich mitzumachen gewillt war, hatte ich von seinem Auftreten nicht, dagegen war Lossow in der Kommandantur zersahren und wußte augenblicklich nicht, was zu machen sei.

Zeuge Rittermeister a. D. v. Schöna, militärischer Führer bei dem Vaterländischen Verband München, jagte aus über die bekannte Propaganda des Prof. Bauer: Es war wohl von einem Marsch nach Berlin die Rede, denn dieser Gedanke war in allen Vaterländischen Verbänden Gemeingut. Dieses Wort hat sich entwickelt aus der Äußerung Bauers „nicht los von Berlin“ sondern „Auf nach Berlin“. Es ist

und einmal — ich kann mich in der öffentlichen Sitzung nicht näher darüber äußern — ein militärischer Befehl zugegangen,

wie sollten werden, und bei dieser Gelegenheit wurde und gelang, es handle sich darum, die nötigen Kräfte zu sammeln, daß bei einem Vorstoß auf Berlin, in Anlehnung an die norddeutschen Verbände, für den Fall des Widerstandes der Sozialdemokraten und Kommunisten erhebliche militärisch ausgebildete, waffenfähige Trupps verfügbar seien.

Wir mußten daher der Überzeugung sein, daß es sich tatsächlich um einen Marsch nach Berlin handle. Die weitere Vernehmung des Zeugen erfolgt später in geheimer Sitzung.

Der Sicherheitsvertrag gegen Deutschland.

Gegenseitige Grenzverträge. Kontrolle des Völkerverbundes.

London, 17. März.

Der Pariser Berichterstatter des „Daily Mail“ erklärt, er sei in der Lage, folgende kurze Zusammenfassung der Ansichten der französischen Regierung über die Bedingungen des gegenseitigen Paktes zu geben. Poincaré wünsche nichts mehr, als daß ein derartiger Pakt abgeschlossen werde und er sei vollkommen bereit, den Wünschen der britischen Nation entgegenzukommen, soweit sie nicht mit den lebenswichtigen Bedürfnissen Frankreichs in Widerspruch stehen. Der bereits entworfenen erste Artikel des Paktes, der die gegenseitigen Verpflichtungen der Nationen im Falle eines nicht heraufgehobenen Angriffes gegen eine der beiden Mächte enthält, müßten unverändert aufrechterhalten werden. Artikel 3, der sich mit den Konventionen, den Stäben, dem militärischen Eingreifen im Falle der Notwendigkeit befaßt, könne ungeschädlich gelassen werden, wenn er nicht in der Praxis durchgeföhrt wird. Artikel 4, demzufolge Großbritannien und Frankreich Maßnahmen für die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens, falls dieser bedroht werde, Geltung finden sollen, (dies bezieht sich insbesondere auf

Angriffe Deutschlands)

könne aufgegeben werden, wenn eine Reihe von gegenseitigen Grenzverträgen zur Erzielung dieses Zweckes vom Völkerverbund entworfen und in Kraft gesetzt würden. Dem Berichterstatter zufolge werde in Paris erklärt, die nächsten Monate würden eine unvergleichliche Gelegenheit für eine Erweiterung des vorgeschlagenen Paktes bieten. Die Erörterung könnte zugleich zur Zeit, jedoch getrennt von der Erörterung der Berichte der alliierten Sachverständigen, mit erfolgen.

Reparationen und Sicherheit

bilden die beiden unerschütterlichen Grundlagen der französischen Außenpolitik. Sicherheit bedeutet jetzt:

1. die Gewißheit, daß Deutschland entwaffnet sei und dann der Übergang zur Kontrolle der Entwaffnung und der Entmilitarisierung des Rheinlandes durch den Völkerverbund,
2. die Bildung gegenseitiger Pakte zur Garantierung gegenseitiger Grenzen unter Aufsicht des Völkerverbundes.

3. die Schaffung eines gegenseitigen Verteidigungspaktes zwischen Großbritannien, Frankreich und Belgien gegen deutsche Angriffe.

Der Berichterstatter der „Daily Mail“ erklärt, wenn die französische Regierung die Reparationen und die Sicherheit erhält, wie sie oben auseinandergesetzt wurden, so würden sie eine große Verminderung ihrer militärischen Streitkräfte und ihrer Ausgaben vornehmen.

Uneinigkeit der Sachverständigen. Kinderley zuversichtlich.

London, 17. März.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, wenn die Sitzung des Dawes-Kommissäres, die in den ersten Tagen dieser Woche stattfindet, nicht ein höheres Maß der Vereinbarungen unter den Sachverständigen als bisher ergebe, so werde der Bericht des Kommissäres um weitere 16 Tage oder 2 Wochen oder noch mehr verzögert werden.

Der große Meinungsstreit betreffe die Frage Barzahlungen oder Sachleistungen sowie die Bedingungen des vorgeschlagenen Moratoriums sowie den Umfang und die Anwendung der internationalen Anleihen. Es gebe in dem Ausschuss wahrscheinlich keine zwei Delegierten, in die dieser Frage vollkommen übereinstimmen.

Dem Berichterstatter zufolge ist in Finanzkreisen die Tatsache nicht übersehen worden, daß, während die dem Franken aus England gewährte Unterstützung seitens einer Bank erfolgte, von deren Direktoren einer jetzt im Dawes-Kommissariat sige, die amerikanische Unterstützung des Franken von einer nicht beratig vertretenen Firma gekommen sei, obgleich anfangs einer ihrer Partner, Lamont, als wahrscheinlicher Delegierter genannt wurde.

Paris, 17. März.

Sir Robert Kinderley erklärte einem Vertreter des „Petit Parisien“, hinsichtlich der Arbeiten des Komitees Dawes sei er noch immer sehr optimistisch bezüglich des Endergebnisses, wenn man die Berichte und die Lösung nicht zu früh verlange. Es seien zu schwierige Probleme, die ruhiert würden, und es seien die letzten Stadien, die ähltten. Die Chancen mit Erfolg überbrückt werden, wenn man den Sachverständigen Zeit ließe. Hundsgleich sei es, haltbare Schlusfolgerungen zu ziehen, wenn man sie improvisiert. Man kann also Geduld haben.

Zeuge Prof. Bauer: Meinem Empfinden nach ist bei der Beurteilung der Frage eines etwaigen Marsches nach Berlin und eines Angriffes auf die Reichshaber in Berlin maßgebend, ob die Berliner Regierung zu Recht besteht, oder ob sie auf Grund eines Kleinzeides an ihrer Stelle ist. In dieser Einstellung habe ich seit Jahren gearbeitet und ich werde diese Arbeit fortsetzen. Das meine Äußerung „Auf nach Berlin“ anlangt, so habe ich damals, im Sommer vorigen Jahres, nicht an einen Marsch gedacht. Ich gebe aber zu, daß das Wort jederzeit so verstanden werden konnte. Meine Äußerung ist als Schlagwort zweifellos falsch aufgefaßt worden, und ich selbst habe dazu beigetragen, daß dieses Schlagwort in der Bevölkerung Wurzel geschlagen hat. Rahr hat mir gegenüber einmal geäußert, daß das Wort etwas Unschönes an sich habe, weil es Leute, die am Putsch Freude haben, leicht zu berartigen Dingen bewegen könnte. Ich habe sofort die Erfahrung gemacht, daß von einer Absicht, aktiv zu werden, bei Rahr nichts zu merken war.

Fochner erklärt, daß die Darstellung des Zeugen nicht mit den tatsächlichen Beobachtungen übereinstimme. Der Marsch nach Berlin sei eine beschlossene Sache gewesen. Jetzt schwäche man alles wieder ab. Das sei die alte Methode.

H.-A. Kober: Haben Sie, Herr Zeuge, einmal mit Lossow gesprochen und erklärt, es kann jeden Tag losgehen, wir haben die neue Verfassung bereits in der Tasche?

Bauer: So kann ich nicht gesagt haben, weil ja eine neue Verfassung in München nicht ausgearbeitet war, wohl aber so anders.

H.-A. Kober: Sie haben kurz nach dem 8. November mit einem Herrn gesprochen, der fragte, warum Rahr den Vormarsch hätte antreten dürfen und nicht Dillier. Sie wollten darauf erklärt haben, daß man nicht sagen, sonst kommt Rahr vor den Staatsgerichtshof in Leipzig, ebenso wie Dillier.

Bauer: Das weiß ich nicht, das ist möglich, es wird ja so viel gesprochen. (Bewegung.) Ich bin täglich fortwährend angegriffen worden, und ich müßte die Deute doch mit irgend einer Antwort abspielen.

H.-A. Kober: Ist es richtig, daß Sie dem Oberleutnant Neumann, der Sie fragte, wie es jetzt mit dem Marsch nach Berlin stehe, es geht nicht vorwärts usw., geantwortet haben: selbstverständlich wird marschiert. Meine Rede ist doch deutlich genug?

Bauer: Beistimmen will ich das nicht. Denn der Gedanke, daß einmal ein Vorgehen notwendig wird, ist auch heute noch sicher.

Vors.: Sie sagten vorher, daß eine neue Verfassung anderswo ausgearbeitet sei.

Bauer: Ja, in Berlin ist eine angearbeitet worden in der Kreise des Alldeutschen Verbandes. (Große Bewegung im Sitzungssaal.)

H.-A. Kohl: War nicht Justizrat Ciesig daran beteiligt?

Vors.: Diese Frage ist in unserem Prozeß ohne Belang.

Kohl: Das ist es ja, was den Schlüssel zum 8. November gibt. Das war ja das Zeichen, daß es gegen Berlin vorgeht.

H.-A. Schramm: Kennen Sie einen Befehl vom 7. November?

Schwere Anruhen dicht vor dem Ausbruch. Bereithalten! Befehl zum Zusammen und Abmarsch abwarten?

Bauer: Von diesen Dingen weiß ich nichts, aber man ist davon ausgegangen, daß die ganze Entwicklung zu einer Ausdehnung der Hungertrawalle führen müsse und sich darauf die Bolschewisierung des Nordens ergeben hätte. Die legale Macht im Norden wäre nicht mehr in der Lage gewesen, der Dinge Herr zu werden